54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 117

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Dienstag, 10. März 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ein Schritt des Reichsbanners.

Besprechungen des Bundesvorsitzenden Oberpräsidenten Hörsing mit den Parteien.

Die republikanische Einheitskandidatur.

Magdeburg, 10. März. (W. T. B.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden, Oberpräsident Hörsing, nach Berlin zu entsenden, um dort mit den Vorständen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu besprechen.

*

Es ist bereits mehrfach hervorgehoben worden, daß die sozialdemokratische Sonderkandidatur Braun, die, wenn sie aufrechterhalten wird, automatisch Sonderkandidaturen des Zentrums und der Demokraten nach sich zieht, zu den Zielen und Grundsätzen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in völligem Gegensatz steht. Es ist deshalb erfreulich, daß das Reichsbanner den Versuch macht, doch noch zu einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur zu gelangen. Da auch durch den Brief der Demokraten, mit dem sich Zentrum und Sozialdemokratie zu beschäftigen haben werden, eine neue Situation geschaffen ist, wird hoffentlich Hörsings Mission von Erfolg begleitet sein.

Besprechungen im Reichstag.

Eine Einladung des Herrn v. Loebell.

Heute vormittag haben wegen der Frage der Wahl des Reichspräsidenten zwischen einigen Parteiführern unverbindliche Besprechungen stattgefunden. Im Verfolg des Briefes, den gestern die Demokratische Partei an den Staatsminister a. D. v. Loebell sowie an sämtliche Parteien mit Ausnahme der beiden radikalen Flügel-Parteien gerichtet hat, hat, wie wir hören, Herr Minister a. D. v. Loebell an die Zentrumspartei und an die Demokratische Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er die Parteien ersucht, morgen Mittwoch vormittag zu einer Besprechung ihre Vertreter mit möglichst weitgehenden Vollmachten zu entsenden. Bisher haben an dem sogenannten „Ueberparteilichen Ausschuß" des Herrn v. Loebell nur die Deutschnationale Partei, die Deutsche Volkspartei, die Bayrische Volkspartei und die Wirtschaftspartei sowie eine Reihe nicht politischer Verbände und Organisationen teilgenommen. Auch das Zentrum hatte früher einmal an solchen Sitzungen teilgenommen, war aber nach dem Tode des Reichspräsidenten ferngeblieben. Die Entscheidung über den Vorschlag der Demokratischen Partei, den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons als Präsidentschaftskandidaten zu nominieren, wird also voraussichtlich morgen erfolgen.

(Vergleiche auch Seite 3.)

Der Kampf um das Genfer Protokoll.

Die Eröffnung der Völkerbundtagung.

Der Nachruf für Branting.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

 # Genf, 10. März.

Heute vormittag 11 Uhr begann die erste öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates unter dem Vorsitz Chamberlains. Noch stärker als sonst ist das Gedränge von Zeitungsvertretern und Publikum in dem viel zu kleinen Saal, der den Ratssitzungen dient. Noch dichter ist die Schar der Vertreter der Delegationen, die sich um den großen Tisch des Rates gruppiert. Man weiß, daß besonders die Polen und Tschechen in großer Anzahl erschienen sind, dies sowohl wegen der offiziellen Punkte der Tagesordnung als wegen der Besprechungen hinter den Kulissen, in denen beide Regierungen an der Seite Frankreichs gegen die englische These arbeiten. Nachdem Hymans eingetroffen ist, ist der Rat vollzählig. Die Anwesenheit Chamberlains an Stelle des Lord Parmours, Scialojas an Stelle Salandras und Sjoerbergs, der bis zur Ankunft des schwedischen Außenministers Unden an Brantings Stelle sitzt, bedeuten tiefe gegen die vorige Session eingetretene Veränderungen.

Chamberlain, an dessen rechter Seite Briand sitzt, während links von ihm der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, seinen gewohnten Platz hat, eröffnet die Sitzung und ergreift zunächst das Wort. Er spricht mit einer etwas dunklen, aber deutlichen Stimme und man hört ihm den geschulten parlamentarischen Sprecher an. Er widmet dem verstorbenen Branting Worte des Nachrufs und schildert seine eifrige und erfolgreiche Wirksamkeit als Ratsmitglied. Er sei stets ein warmer Freund des Völkerbundes, ein Mann von hohen Ideen gewesen, der aber niemals den Sinn für das Reale und Praktische verloren habe. Wer ihn kannte, gewann den Eindruck seiner unbedingten Aufrichtigkeit und seines starken Charakters. Das verlieh seinen Worten im Rat eine hohe Autorität. Der Redner spricht im Namen des Rates der Familie des Verstorbenen und der schwedischen Nation die Teilnahme aus.

Nach ihm spricht der Brasilianer Mello Franco. Der schwedische Vertreter Sjörbergs dankt und betont die unverbrüchliche Anhänglichkeit des schwedischen Volkes am Völkerbundsgedanken. Sodann tritt der Rat in die Tagesordnung ein, die für diese Sitzung lauter Punkte von geringem Interesse aufweist. Man will zunächst die Kleinigkeiten erledigen und jedenfalls inzwischen auch die vertrauliche Fühlungnahme über die Hauptfragen noch fortsetzen.

Heute nachmittag findet keine öffentliche Sitzung statt. Die vertraulichen Unterhaltungen gehen weiter. Indessen wird von unterrichteter Seite betont, daß man bis jetzt noch nicht zu einer für die eigentlichen Verhandlungen erforderlichen klaren Formulierung der verschiedenen Forderungen gelangt ist. Es darf bei der Beurteilung dessen, was hier geschieht, nicht vergessen werden, daß für irgendwie besondere vertrauliche Verhandlungen Genf nicht der Ort ist, sondern daß diese in Paris und London geführt werden. Ob Chamberlain seine Absicht, bereits am nächsten Sonntag von hier abzureisen, ausführen kann, steht noch nicht mit Bestimmtheit fest.

Δ Paris, 10. März.

Die Pariser Blätter lassen sich aus Genf melden, daß die Frage des Sicherheitspaktes und des Genfer Protokolls erst in der Donnerstagssitzung des Völkerbundsrates zur Sprache kommen wird. Man erwartet noch das Eintreffen des belgischen Ministers Hymans und des neuen Vertreters Schwedens, Unden, der erst am Mittwoch in Genf sein wird. Im übrigen scheinen die Delegationen der Ansicht zu sein, daß die Sicherheitsfrage in ihrer Gesamtheit noch nicht reif ist und daß der Völkerbund erst einen Entschluß über das Schicksal des Protokolls fassen könne, wenn das Resultat der gegenwärtig zwischen Paris, London, Brüssel und Berlin schwebenden Verhandlungen feststeht.

Chamberlains Stellung.

„Das Genfer Protokoll ist tot."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ London, 10. März.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" widerspricht heute auf das entschiedenste den Gerüchten, daß Austen Chamberlain bereits im Prinzip oder sonst irgendwie einer Art von Pakt zugestimmt habe. Im Gegenteil, der Außenminister habe selbst ausdrücklich erklärt, daß seine Aufgabe ausschließlich die sei, Informationen zu erteilen und einzusammeln, die über die Mitteilungen des britischen Kabinetts an seine Alliierten hinaus gehen und in denen gesagt war, daß die deutschen Vorschläge zu einem fünfeckigen Garantiepakt in London als eine durchaus geeignete Diskussionsbasis angesehen werden würden. Der Korrespondent erinnert an den Pakkenhouse von Cannes, den Briand wohl als Vorspiel zu einem umfangreichen Pakt, in dem dann auch Italien, Deutschland Polen und die Tschechoslowakei aufgenommen werden sollten, ansah und daran, daß der damalige geplante englisch-französische Pakt wegen der polnischen Schwierigkeiten zusammengebrochen sei; die tschechoslowakischen hätten damals noch nicht existiert. Mitteilungen aus Berlin berechtigten aber zu der Annahme, daß von seiten der Tschechoslowakei, da von Deutschland nur ein sehr kleines Stück des Reichsgebiets an sie abgetreten sei, bei Abschließung eines Garantiepaktes keine Schwierigkeiten entstehen würden, nichtsdestoweniger aber, meint der Korrespondent, könnten die tschechoslowakischen Beziehungen doch durch die deutschen Minoritäten oder den Versuch einer deutsch-österreichischen Vereinigung kompliziert werden. Belgiens Haltung dem deutschen Vorschlage gegenüber sei, obgleich sie natürlich vorsichtig sei, keineswegs ungünstig. Belgien habe ein begrenztes Defensivbündnis mit Frankreich, aber nicht mit Polen. Es befinde sich daher nicht in einer ähnlich heiklen Lage wie Frankreich hinsichtlich der östlichen Alliierten. Wie bereits früher betont, würden sich alle Belgier mit einer französischen Garantie der Unverletzlichkeit Belgiens zufrieden geben, gleichviel, ob sie mit einer deutschen Garantie verbunden sei oder nicht, obgleich natürlich letzten Endes auch diese von einem gewissen moralischen Vorteil sein würde. Die Regierungen der Dominien seien natürlich von den deutschen Vorschlägen benachrichtigt worden. Eine Antwort sei aber noch nicht eingetroffen. Austen Chamberlain habe jetzt in Genf einen hartnäckigen Kampf mit den Verteidigern des Genfer Protokolls zu bestehen, die den britischen Außenminister ersuchten, das Todesurteil, das das britische Empire über das Protokoll ausgesprochen hat, erst im Juni oder September zu verkünden. In der Tat sollen einige der Verfasser des Protokolls so von ihrer Schöpfung überzeugt sein, daß sie glauben, ihr persönlicher Ruf sei unlösbar mit ihm verbunden und daß sie selbst einen „Rumpf" anstelle des ursprünglichen Protokolls annehmen würden. Der Korrespondent betont mit Nachdruck: **Das Protokoll ist tot**, wie englischerseits bereits im Dezember versichert worden ist, und eine weitere Verlängerung des Todesurteils würde ein unnötiger, grausamer, völlig überflüssiger Prozeß sein.

(Siehe auch Seite 4.)

Die Landespfandbriefanstalt und ihre Geschäftsfreunde.

Die spekulationswütigen Kavaliere und der harmlose Geheimrat.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Karl Eugen Müller.

Der Untersuchungsausschuß über die Geschäfte der preußischen Landespfandbriefanstalt ist den Deutschnationalen in tiefster Seele unsympathisch. So begeistert sie sich im „Barmat-Ausschuß" betätigen, so schweigsam und mißvergnügt sind sie in dieser Parallelinstanz, die man eigentlich, um im Stil zu bleiben, den „Etzdorf-Carlowitz-Ausschuß" nennen müßte. Was soll man mit einem Ausschuß, in dem keine „Skandale" aus dem Lager der Linksparteien enthüllt, sondern höchstens die Kreise, aus denen sich die Partei selber rekrutiert, kompromittiert werden? Einen solchen Ausschuß muß man möglichst bald abwürgen; deshalb nahm man mit Freuden und Eifer die Anregung des volksparteilichen Steigbügelhalters auf, der in köstlicher Naivität schon in der zweiten Sitzung des Ausschusses beantragte, die Untersuchung als abgeschlossen zu erklären, da die Leiter der Landespfandbriefanstalt ja die Satzungswidrigkeit ihres Geschäftsgebarens zugegeben hätten. Daß nach diesem allerdings nicht wohl zu vermeidenden Eingeständnis die Arbeit des Ausschusses erst recht beginnen mußte; daß nun erst in Ausübung des parlamentarischen Kontrollrechts zu prüfen war, welche Mängel der Organisation diese Satzungswidrigkeiten ermöglicht haben, wie weit die das Institut gefährdenden Wirkungen gehen, wo die Gründe für das Versagen der Aufsichtsinstanzen liegen, — das alles sind Dinge, die der deutschnationalen Auffassung von dem Wesen der Untersuchungsausschüsse gänzlich fernliegen. Wie sie im Barmat-Ausschuß immer dann gelangweilt schweigen, wenn es sich um den eigentlichen Kernpunkt der Untersuchung, nämlich die Geschäftsgebarung der Seehandlung dreht, und nur dann ungemein interessiert und unbegrenzt wißbegierig sind, wenn es sich um nebensächliche Skandalosa aus dem Privatleben der Kreditnehmer oder der mit ihnen in Verbindung stehenden gegnerischen Politiker handelt, so treiben sie gegenüber den Erhebungen des Etzdorf-Carlowitz-Ausschusses eine verbissene passive Resistenz, weil es sich da „nur" um die sachliche Prüfung der Vorgänge in einem staatlichen Institut handelt.

Die Untersuchung hat allmählich in den anfangs völlig undurchsichtigen Komplex dieser sonderbaren Geschäfte einer gemeinnützigen Bankanstalt mit ein paar jungen Kavalieren soviel Licht gebracht, daß es möglich ist, die großen Linien heute nachzuzeichnen. Ein Kölner Rechtsanwalt, der aber das forensische Wirkungsfeld längst mit dem viel einträglicheren der Grundstücksspekulation vertauscht hat, ist im Besitz einer „Option" auf zwei wertvolle Häuserkomplexe, die in der Inflationszeit ein Ausländer um billiges Geld erworben hatte. Wie Richard III. seine verschiedenen Gattinnen, „will er sie haben, doch nicht lang behalten", und noch ehe er sie selber zu bezahlen auch nur begonnen hat, findet er einen Käufer, dem er sie mit Vorteil abtreten kann. Das ist Herr v. Etzdorff, ehemaliger Seeoffizier und dann Bankbeamter. Er versteht zwar selber blutwenig von Geschäften, insonderheit vom Grundstücksmarkt, aber ein Vermittler malt ihm das Projekt höchst verlockend aus, und alsbald tut er sich mit zwei Freunden, Herrn v. Karstedt und Herrn v. Carlowitz zusammen, um ein „Konsortium" zu bilden. Die Hauptsache ist nun gegeben, nämlich der Wille, dieses Millionengeschäft zu machen und daran zu verdienen; fehlt nur noch eine Kleinigkeit: Das Geld. Man geht auf die Suche. Irgendwo hört man, daß ein Steuersyndikus ländlicher und mittelständlerischer Organisationen für seine Klienten auf einen Goldstrom aus England hofft; man wendet sich an ihn und hofft eine Weile mit. Die Sache zieht sich aber in die Länge und wird schließlich ganz zu Wasser; man muß also anderswo auf die Suche gehen. Herr v. Etzdorf läßt sich bei einem Bekannten dem Direktor der Landespfandbriefanstalt Geheimrat Nehring vorstellen und fängt nach dem Essen an, von dem großen Geschäft zu reden: Jetzt ist der rechte Mann gefunden. Das Nähere wird darauf in der Bank verhandelt; Geheimrat Nehring will das unter seiner Obhut stehende Institut großzügig verdienen lassen und gibt den erbetenen ersten Kredit. Unterlagen? Unsinn, die Herren heißen doch von Etzdorf, von Karstedt, von Carlowitz. Außerdem handelt es sich ja nur um einen kurzfristigen Zwischenkredit; die Herren haben doch versichert, daß demnächst die „Millionenhypothek vom Reichslandbund" kommt. (In Wirklichkeit weiß im Reichslandbund niemand etwas von diesem Spekulationsprojekt; die Tatsache, daß zu den Mithoffenden bei dem Steuersyndikus auch einige Landbundführer gehörten, genügt der beflügelten Phantasie des Herrn v. Karstedt, um auch den geheimrätlichen Bankdirektor in Sicherheit zu wiegen.) Eigentlich dürfte die Landespfandbriefanstalt, die mit staatlichen Mitteln den Bau von kleinen und mittleren Wohnungen fördern soll, solche privaten Spekulationsgeschäfte unter keinen Umständen machen; aber erstens kann man so vornehmen Kreditsuchern doch schwer etwas abschlagen, und zweitens kann doch das Institut selber dabei verdienen.

In den Büchern freilich tauchen die Namen der noblen Geschäftsfreunde nicht auf; da erscheinen alle Zahlungen auf dem unverfänglichen Konto der Stettiner Sparkasse. Deren Leitung, durch ihren eigenen früheren Vorstand, den damaligen Mitdirektor in der Landespfandbriefanstalt Lüders in die Sache eingeweiht, läßt sich durch die Aussicht auf eine ansehnliche Inkassoprovision leicht gewinnen;